

Editorial

Autor(en): **P.F. / W.S. / U.S.**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **20 (2000)**

Heft 39

PDF erstellt am: **18.10.2021**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Editorial

Die einst dogmatische linke Labour-Partei und die rechtsnationalistische FPÖ haben beide eine ideologische Metamorphose hinter sich.

Jörg Haider, Daily Telegraph, 27.2.2000

Die „Schweizer Rechtswende“ (H.U. Jost) muss im europäischen Umfeld gesehen werden. Sind die Rechten, die rechtsbürgerlichen Volksparteien und die Kräfte eines aggressiven Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, auf dem Weg zur politischen Hegemonie in Europa? Der moderne Rechtspopulismus, bei allen nationalen Unterschieden, mobilisiert seit Jahren erfolgreich die Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer mit ihren Ressentiments und Ängsten vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg bis weit in die Mittelschichten hinein.

„Als neue Partei der arbeitenden Menschen treffen sich unsere Interessen auch mit jenen des gewerblichen Mittelstandes. Auch dessen Vertreter zählen in einem wachsenden Ausmass zu unserer Wählerschaft. Die Säulen der sozialen und wirtschaftlichen Stabilität in unserem Land sind durch Arbeiter und mittelständische Unternehmer gebildet. Diese Säulen haben zu einem politischen Bündnis zusammengefunden, das den alten Widerspruch zwischen Arbeitern und Unternehmern aufgelöst hat, weil sie durch Fleiss, Risikobereitschaft, Bescheidenheit und Verantwortungsbewusstsein geeint worden sind. ... Ich wage aber auch die These, dass wir am 3. Oktober auch einen massiven Einbruch in das sogenannte Bildungsbürgertum erzielen konnten.“ (J. Haider, November 1999).

Die am 31. Januar von 14 EU-Staaten verhängten Sanktionen gegen das EU-Land Österreich, gegen die neue demokratisch gewählte Regierung, wurden von Protest und Debatten über den „Austrofaschismus“ begleitet. Und die von Haider initiierte, für Herbst 2000 vorgesehene Volksbefragung zu den EU-Sanktionen wird den Austro-Patriotismus und die Anti-EU-Stimmung weit über die FPÖ hinaus stärken.

An dem von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz organisierten „Runden Tisch gegen den Rechtspopulismus“ der europäischen Sozialdemokraten räumte Franco Cavalli, Präsident der SPS-Fraktion im Parlament, ein, dass „die Sozialdemokratie Mitverantwortung trägt für den Siegeszug des Rechtspopulismus“ (NZZ, 28.6.00). Er ist überzeugt, dass Konzeptionen vom „Dritten Weg“, von der „Neuen Mitte“ und der „Politik der Mitte“ die eigenen Reihen verunsichern, und er befürchtet, dass die traditionellen sozialdemokratischen Wählerschichten nach rechts abwandern werden. Darin besteht auch die Brisanz des Richtungsstreits, der in den sozialdemokratischen Parteien und in den Gewerkschaften im Gange ist.

In einer Wirtschafts- und Arbeitswelt, in der in den letzten Jahren nicht bloss einengende Regelungen, sondern ganz existenzielle Mechanismen sozialer Sicherheit beseitigt oder in Frage gestellt sind, in der von der Arbeitskraft „Flexibilität“ und „unternehmerisches Verhalten“ gefordert ist, könnte die Verunsicherung weiter um sich greifen. Die rechtspopulistischen Kräfte haben auch in der Schweiz hinlänglich bewiesen, dass sie solche Potentiale virtuos auszuschöpfen und zu instrumentalisieren verstehen.

Gesucht sind daher Analysen und Konzeptionen, die der herrschenden technokratischen Aufspaltung des politischen Handelns in die Domänen der wirtschaftlichen Standort-, der Sozial- und der Ausländerpolitik entgegenwirken. Entscheidend sein werden kohärente und glaubwürdige Konzeptionen, welche die Interessen der Arbeitnehmenden, der Marginalisierten und der Armutsflüchtlinge in sämtlichen Lebensbereichen konsequent wahrnehmen und sich nicht von Kalkülen um elektorale Zuwächse und Prestigegewinne bei den Besserverdienenden leiten lassen. Denn sobald sich die institutionelle Linke in Westeuropa sowohl mit der sozialen Ungleichheit im Lande als auch mit dem drastischen Wohlstandsgefälle globalen Ausmasses abfindet, bleibt ihr nur noch die Eindämmung der von ihr mitverursachten „Unsicherheit“. Überwachungsdispositive, Gefängnisneubauten, Grenzbefestigung, rüde Ausschaffungspraktiken bis hin zum Interventionskrieg in den globalen Krisenherden gehören mittlerweile zum alltäglichen Sachgeschäft von Exekutiven jeglicher politischer Couleur in Westeuropa.

Ansatzpunkte für eine kohärente Politik der Linkskräfte, die solchen desaströsen Trends Einhalt gebietet, sind auf verschiedensten Ebenen zu thematisieren. Die Beiträge dieses Heftes eröffnen zwei Zugänge: Im *Diskussionsteil* werden die sozialen, politischen und sozialpsychologischen Faktoren des rechtspopulistischen Aufschwunges in zwei Ländern analysiert: ihre innenpolitische Dynamik, aber auch die Auswirkungen offizieller Aussenpolitik am Beispiel des NATO-Kriegseinsatzes im Kosovo. Die Beiträge des *Schwerpunktteils* widmen sich den wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die ein Jahrzehnt neoliberalen Umbaus hinterlassen hat: Deregulierung am Arbeitsmarkt, Rückführung der Arbeitskraft auf ihre Warenform, Lohnflexibilisierung und Durchsetzung des Leistungslohns, „Modernisierung“ des Sozialstaats, sprich: Umverteilung zu Lasten von Frauen und unteren Einkommenschichten. Welche Chancen hat eine solidarische Politik, die das Terrain nicht den modernen Rechtspopulismen überlässt?

P.F. / W.S. / U.S.